

## **Stellungnahme und Richtigstellung zum Artikel „Gegen die Geschichtsfälschung der Nakba-Ausstellung“ in der Frankfurter Lehrerzeitung Juni 2010 von Ernst Olbrich**

Als Verantwortliche für Inhalt und Konzeption der Wanderausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ kann ich den Artikel „Gegen die Geschichtsfälschung der Nakba-Ausstellung!“ nicht unwidersprochen stehen lassen. Die von mir als Vorsitzender für den Verein „Flüchtlingskinder im Libanon e.V.“ erstellte und vom Land Baden-Württemberg (Stiftung Entwicklungszusammenarbeit) und dem Evangelischen Entwicklungsdienst geförderte Ausstellung ist seit April 2008 ohne wesentliche Einwände in 51 Orten (Volkshochschulen, Universitäten, Kirchengemeinden, Gewerkschaftshäusern u. a. renommierten Ausstellungsräumen) in Deutschland zu sehen gewesen. Erst seit Ende April dieses Jahres erfährt die Ausstellung massiven Widerspruch, der nicht etwa auf eine nachhaltige, gewünschte Diskussion über das Thema gerichtet ist, sondern deren Verhinderung zum Ziel hat. Dies bestätigt die Notwendigkeit der Nakba-Ausstellung, wie sie in unserer Motivation für die Erstellung der Ausstellung zum Ausdruck kommt. Sowohl in der Ausstellungs-Begleitbroschüre als auch auf unserer Website (<http://lib-hilfe.de/lib-ausstellung.html>) ist diese für jede/n, der/die sich ein eigenes Urteil bilden möchte, zusammen mit dem kompletten Inhalt der Ausstellung nachlesbar.

Hier der wesentliche Teil unserer Motivation:

In Israel werden die Ereignisse um 1948, die mit der Ausrufung des israelischen Staates verbunden waren, als Wiedergeburt nach zweitausendjährigem Exil und nach Jahrhunderte langer Verfolgung gefeiert. Den überwiegenden Teil der Palästinenser haben diese Ereignisse dagegen zu einem Volk von Flüchtlingen gemacht, die sich ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt sehen, ohne Aussicht auf nationale Selbstbestimmung, geschweige denn auf Entschädigung oder gar Rückkehr. Die aus der Ermordung von Millionen Juden im Nationalsozialismus erwachsene deutsche Schuld hat dazu geführt, dass Gesellschaft, Politik und Medien ganz überwiegend das israelische Verständnis dieses Zeitabschnitts verinnerlicht haben. Dadurch wurde der Blick auf das Leid des palästinensischen Volkes verstellt. Die Thematisierung der Flucht und Vertreibung dieser Menschen, erst recht ihrer Forderungen nach Rückkehr und Entschädigung, gilt bis heute vielfach als Tabubruch. Wir sind aber überzeugt, dass ohne die Kenntnis und ohne eine gebührende Anerkennung dieser Seite des Konflikts Aussöhnung, Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten keine Chance haben werden. Mit unserer Ausstellung wollen wir hierzu einen Beitrag leisten.

Diesem Anspruch wird die Ausstellung durch sachliche Darstellung der für das Verständnis notwendigen Fakten gerecht, ohne Bewertungen oder Schuldzuweisungen vorzunehmen. Dabei stützt sie sich auf Veröffentlichungen sowohl israelischer, als auch deutscher und palästinensischer Autoren und nennt die entsprechenden nachprüfbaren Quellen. Dass durch die Ausstellung die in der deutschen Öffentlichkeit verbreiteten und verinnerlichten Mythen um die Staatsgründung Israels wie

- „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“,
- „der Unabhängigkeitskrieg Israels sei ein Kampf Davids gegen Goliath gewesen“ oder
- „die Palästinenser sind an ihrer Vertreibung selbst schuld, sie wären schließlich den Aufrufen der Führer ihrer arabischen Nachbarstaaten gefolgt, ihre Heimat zu verlassen und später mit den siegreichen arabischen Armeen zurückzukehren“

in einem neuen Licht erscheinen, ist unvermeidlich. Daraus lässt sich aber nicht der Vorwurf der Einseitigkeit ableiten, weil dies durch objektive Fakten belegt wird.

Im Kern nimmt der vorgelegte Artikel den Nahostkonflikt ausschließlich als Kampf zwischen der zutiefst und grundsätzlich antisemitischen und auf die Vernichtung der Juden hinarbeitenden arabisch-palästinensischen Seite und der durch die jüdischen Holocaustopfer des deutschen Faschismus

legitimierten Politik der zionistisch-israelischen Seite wahr. Diese Wahrnehmung ist unhistorisch. Sie ignoriert die Tatsache, dass dieser Konflikt wie auch andere zu der Zeit vor allem unter dem Vorzeichen des endenden europäischen Kolonialismus und des Entstehens junger Nationalstaaten stand. Die Sympathie mancher palästinensischer Organisationen für den deutschen Nationalsozialismus betrachten auch Autoren wie Friedrich Schreiber und Michael Wolffsohn, die sicher nicht der Israel-Feindlichkeit bezichtigt werden können, nicht als ideologisch bedingt, sondern als aus der Feindschaft gegen Juden und Briten herrührendes Interesse („Der Nahostkonflikt – Geschichte und Struktur des Konflikts“, S. 91). Denn die Palästinenser sahen beide, Juden wie Briten, als diejenigen an, die ihnen ihr nationales Selbstbestimmungsrecht streitig machen wollten.

Zu Haj Amin Al-Husseini, dem Mufti von Jerusalem, ganz kurz: Die britische Mandatsmacht selbst, die laut Mandatstext „die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina sichern“ und „die jüdische Einwanderung erleichtern“ sollte, ernannte Amin Al-Husseini 1921 zum Mufti von Jerusalem, dem obersten geistlichen Führer, 1922 zum Vorsitzenden des Obersten Islamischen Rats, den er bis 1937 innehatte. Seine Zusammenarbeit mit dem Hitler-Faschismus vor allem nach seiner Ankunft in Nazi-Deutschland 1941 hat ihn ohne Frage diskreditiert. Wieweit er in die Vernichtungspolitik der Nazis im Detail eingeweiht oder daran beteiligt war, ist unter Historikern allerdings umstritten. Für die angeführten Beispiele der Zusammenarbeit werden keine Belege geliefert. So scheint das Beispiel der 4000 jüdischen Kinder und 500 Erwachsenen (Ernst Olbrich spricht pauschal von 5000 jüdischen Kindern), die auf das Betreiben des Mufti angeblich in die Gaskammern geschickt wurden, auf einem falsch wiedergegebenen Zitat zu basieren (<http://mondoweiss.net/2009/07/dershowitz-allegation-that-mufti-had-4000-children-gassed-is-questioned.html>). Genauso fragwürdig ist die Behauptung, die palästinensischen Aufständischen wären in den 30-er Jahren massiv mit deutschen Waffen unterstützt worden. Dazu kann man bei Benny Morris, israelischer Historiker, der die Vertreibung der Palästinenser in seinem Buch „The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited (2004)“ detailliert beschrieben hat und gleichzeitig ein überzeugter Verfechter der Vertreibung ist, Folgendes nachlesen: „Während des arabischen Aufstands unterstützte Nazi-Deutschland (wie auch das faschistische Italien) die Aufständischen politisch, propagandistisch, offenbar auch mit Geld (und vielleicht einigen Waffen)“ (Welt-online 30.1.2010).

Der vollkommen übersteigerte und undifferenzierte Antisemitismus-Vorwurf an die palästinensische Seite ist dazu geeignet, die alleinige Verantwortung Nazi-Deutschlands und seiner staatlichen Verbündeten für die Vernichtung jüdischen Lebens zu relativieren und sie in Teilen einem anderen Volk anzulasten.

Tatsache ist jedenfalls, dass der Mufti für die Entstehung und das Ziel des Zionismus, eine nationale Heimstatt für die - zunächst vor allem in Osteuropa verfolgten - Juden zu schaffen, keine Relevanz hat. Es ist auch zweifelhaft, ob die gewaltsame Umsetzung der zionistischen Ziele durch den Mufti befördert worden ist. Denn einerseits rechnete die zionistische Führung mit dem Widerstand der einheimischen Bevölkerung, dem Widerstand sozusagen der Kolonisierten gegen ihre Kolonisierer. Andererseits stellte Ben Gurion schon Mitte März 1948 fest, „dass die überwältigende Mehrheit von ihnen (den Palästinensern), nicht gegen uns kämpfen“ will (Ilan Pappé „Die ethnische Säuberung Palästinas“, S. 94, lt. Political and Diplomatic Documents, Document 274, S. 460). Der geringe Rückhalt, den der Mufti 1948 unter der palästinensischen Bevölkerung hatte, zeigt sich auch darin, dass sich nur wenige Tausend Männer bei insgesamt 1,3 Millionen Palästinensern als Kämpfer seinem Kommando unterstellten. Wegen dieser untergeordneten Bedeutung von Al-Husseini für die „Nakba“ fand er keine Erwähnung in der Ausstellung.

Die Ausführungen gipfeln schließlich darin, die Erfindung einer palästinensischen Nation durch die Vertreter der Zweistaatentheorie als einen „argumentativen Trick der Delegitimierung und Abschaffung Israels“ darzustellen. Damit wird selbst der breite internationale Konsens für eine Friedensregelung auf der Basis zweier gleichberechtigter Staaten, wie er seit Oslo Allgemeingut ist, aufgekündigt. Die laut Harald Fiedler vom DGB formulierte Politik des DGB, die „auf Aussöhnung zwischen Juden und Palästinensern“ gerichtet sei, wird niemand grundsätzlich in Zweifel ziehen wollen, dies war aber keine gerechtfertigte Begründung für die Kündigung der Ausstellungsräume. Wir, der Verein „Flüchtlingskinder im Libanon e.V.“, wollten mit der Nakba-Ausstellung dazu beitragen, eine historische Lücke in der vornehmlich deutschen Rezeption des Palästina-Konfliktes zu schließen. Dieses Anliegen haben der Evangelische Entwicklungsdienst und die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg mit ihrer Förderung unterstützt. Wir empfehlen den Leserinnen und Lesern der Frankfurter Lehrerzeitung die Nakba-Ausstellung und die Begleitbroschüre als für den Schulunterricht und Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern gut geeignetes Material zur Nahostproblematik.

Ingrid Rumpf  
Birnenweg 2  
72793 Pfullingen  
[irumpf@lib-hilfe.de](mailto:irumpf@lib-hilfe.de)

*Pfullingen, 28.6.2010*